

(40)

1 AB

Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Dominik Nepp, MA, Veronika Matiassek, Manfred Hofbauer MAS, Mag. Dr. Alfred Wansch, Michael Stumpf, BA, und Nikolaus Amhof betreffend Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes, eingebracht zur Spezialdebatte „Umwelt und Wiener Stadtwerke“ im Rahmen des Budgetvoranschlages 2017 am 20.11.2017.

Seit Jahren ist für die Menschen ein gewaltiger Preisauftrieb bei Gebühren, bei Rohstoffen und bei Lebensmitteln zu bemerken. Die regierungsverantwortlichen Politiker Wiens haben ein gehöriges Maß an Mitschuld an den gestiegenen Lebenshaltungskosten der Wienerinnen und Wiener, haben sie doch seit dem Jahr 2010 eine enorme Gebührenlawine auf die Wiener Bevölkerung losgelassen.

Aktuell ist es vor allem das Wiener Valorisierungsgesetz, welches eine Perpetuierung der Gebührenerhöhung mittels einer Anpassungsautomatik fest schreibt. In Zeiten von Inflation führt das nicht nur zu einer massiven Einschränkung der Kaufkraft und der Inlandsnachfrage, sondern bedeutet für viele Menschen eine unzumutbare soziale Belastung.

Mit dem Valorisierungsgesetz geben die regierungsverantwortlichen Politiker der Bundeshauptstadt Wien die aktive Sozialpolitik auf. Dass die Wiener SPÖ dieses Gesetz selbst in Frage stellt, zeigt sich daran, dass sie es zwar zuerst als „sozialpolitischen Fortschritt“ angepriesen, nun aber, da es wahltaktisch ins Konzept passt, gleich wieder dessen Aussetzung angekündigt hat.

Selbst die Arbeiterkammer hat in der Begutachtung festgestellt, dass dem Gesetz die Legitimation fehle, da eine Unterdeckung der betroffenen Gebühr nicht kalkulatorisch im Detail nachgewiesen werde und keinerlei detaillierte Aufschlüsselung der entsprechenden Ausgaben / Einnahmen bei einer Gebühr erfolge.

Die Legitimation fehlt auch deshalb, weil die Gemeinde Wien bei einigen einnahmerelevanten Gebühren Überdeckungen bzw. Überschüsse erzielt und damit enorme Mehreinnahmen lukriert, in einigen Bereichen riesige Rücklagen anhäuft und in weiten Teilen einer maßlosen Verschwendungspolitik frönt.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich ausdrücklich für die Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

